KLARTEXT

Sozialistische Monatszeitung für
Rostock und den Landkreis Rostock

DIE LINKE.

Nr. 271 - 29. Jahrgang
DEZEMBER 2021
Spendenbeitrag 50 Cent

FLUGHAFEN ROSTOCK-LAAGE VERKAUFT

Der Kreistag des Landkreises Rostock hat am 25.11.2021 beschlossen, seine Anteile an der Flughafengesellschaft Rostock-Laage-Güstrow GmbH an die Zeitfracht GmbH Berlin zu verkaufen. Das hat unterschiedliche Reaktionen bei Mitgliedern und Sympathisant/innen der LINKEN ausgelöst. Im Folgenden möchte ich die Beweggründe der Fraktion DIE LINKE für die Zustimmung zum Verkauf erläutern.

Die Flughafen Rostock-Laage-Güstrow GmbH (RLG) wurde 1993 als kommunales Unternehmen mit den Gesellschaftern RVV Rostocker Versorgungs- und Verkehrs-Holding GmbH (für die Hansestadt Rostock), Landkreis Güstrow und Stadt Laage gegründet. Die Gesellschafteranteile am Gesellschaftskapital von 200.000 € betrugen 54,12 %, 35,57 % und 10,31 %. Die RLG betreibt den zivilen Teil des Flughafens, der militärische Teil wird von der Bundeswehr bewirtschaftet. Man kann die Gründung der RLG als teilweise Konversion des in der DDR ausschließlich militärisch genutzten Flugplatzes verstehen. Die der Nachwendeentwicklung geschuldete Kommunalisierung eines Flughafens war und ist eine ungewöhnliche Entscheidung, denn der Betrieb eines Flughafens ist grundsätzlich keine kommunale Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Aber das Land Mecklenburg-Vorpommern wollte und will nicht diesen und andere Flugplätze (Parchim, Trollenhagen, Barth u.a.) übernehmen und betreiben.

Der Kreistag des Landkreises Rostock hat nun nach 28 Jahren als Rechtsnachfolger des Landkreises Güstrow in einer Sondersitzung am 25.11.2021 mit großer Mehrheit dem Verkauf der Gesellschafteranteile des Landkreises an der Flughafen Rostock-Laage-Güstrow GmbH an das Unternehmen Zeitfracht Immobilien GmbH mit Sitz in Berlin beschlossen. Die Stadtvertretung von Laage hat den entsprechenden Beschluss am gleichen Abend einstimmig gefasst. Bereits am Vortag hatte die Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock (für die RVV Rostocker Versorgungs- und Verkehrs-Holding GmbH) diesen Beschluss gefasst. Beweggrund für den Verkauf der Gesellschafteranteile war der seit vielen Jahren defizitäre Betrieb des Flughafens, der nur dadurch aufrecht zu erhalten war, dass die Gesellschafter jährlich 1,8 Mio. € (der Landkreis Rostock entsprechend seines Anteils ca. 640.000 €) zugeschossen haben und das Land 1 Mio. € für den Verlustausgleich zur Verfügung gestellt hat. Die Fraktion DIE LINKE hatte bei den Haushaltsentscheidungen diesen Zuschüssen als freiwillige Leistung jeweils mehrheitlich zugestimmt, obwohl es verschiedene Einwände und Bedenken gab. *Fortsetzung auf S. 3*

„KOPF HOCH - UND NICHT DIE HÄNDE“ - GEDANKEN ZUM JAHRESENDE

Von Nico Burmeister, Kreisvorsitzender DIE LINKE. Landkreis Rostock

Liebe Genossinnen und Genossen,
Das Jahr 2021 neigt sich dem Ende entgegen und hinter uns liegen Monate des harten politischen Kampfes. Im Zentrum unseres politischen Handelns standen die Landtags- und Bundestagswahlen. Das auslaufende Jahr bedeutete für uns alle nochmals große Herausforderungen. Das Corona Virus hat unsere Gesellschaft in allen Lebensbereichen beeinträchtigt, auch die Arbeit unserer Partei blieb davon nicht unberührt. Weiter erschwerend hinzu kam die Tatsache, dass dieses Mal die Landtags- und Bundestagswahlen zusammen auf ein Datum fielen. Dies bedeutete für uns doppelte Anstrengungen.

„Man muss eine Aufgabe vor sich sehen und nicht ein geruhsames Leben.“

Trotz einer schwierigen Ausgangslage, sind wir mit kompetenten und qualifizierten Kandidatinnen und Kandidaten in den Wahlkampf gezogen.
Mit Hans Müller haben wir eine lokale Persönlichkeit ersten Ranges für den Kampf um die Direktstimmen im Wahlkreis Landkreis Rostock III gewinnen können. Als geachtetes Mitglied des Kreistages und als Ehrenamtlicher Bürgermeister genießt Gen. Müller bei vielen Menschen ein hohes Ansehen. Dementsprechend konnte er auch überdurchschnittlich viele Erststimmen auf sich vereinen. Mit 10,01 % der Stimmen liegt er über dem durchschnittlichen Ergebnis der Landespartei.
Mit Karen Larisch trat im Wahlkreis Landkreis Rostock IV eine erfahrene Kommunalpolitikerin für unsere Partei an und hat in ihrer Heimatstadt Güstrow ebenfalls ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis erzielt, dennoch schaffte sie den Wiedereinzug in den Landtag nicht.

Fortsetzung auf S. 12

In dieser Ausgabe

Seite 2: Ostdeutsche
Seite 3: Flughafen
Seite 4/5: Bürgerschaft
Seite 5: Neujahrsgrüße
Seite 6-9: Strategiedebatte
Seite 10/11: Leserbriefe
Seite 11: Koalitionsvertrag
Seite 12: Neujahrsgrüße LRO

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,
Da ist sie nun, die letzte Ausgabe des KLARTEXT im Krisenjahr 2021. Welche Krise gemeint ist, lassen wir an dieser Stelle offen. Die Auswahl ist groß und wird groß bleiben. So viel ist gewiss. Unseren historischen Optimismus lassen wir uns trotzdem nicht nehmen!
Da wir jetzt alle viel Zeit zum Lesen haben, drucken wir für Euch das Diskussionsangebot unserer Parteiführung ab. Sie will unseren Kompass neu ausrichten. Das ist ein schönes Bild, auch wenn es nicht ganz passt. Aber lest selbst! Wenn DIE LINKE wieder stärker werden will, kommt der Kommunalpolitik eine Schlüsselrolle zu. Sie bildet den Schwerpunkt dieser Ausgabe. Vielen Dank an Wolfgang Methling und Martin Raspe für ihre Berichte, die uns gerade noch rechtzeitig nach Redaktionsschluss erreichten.
Tja, es hätte eine wunderbare Dezember-Ausgabe werden können, mit Berichten über Parteitage und eine Landesbasiskonferenz. Stattdessen ... Aber wir wollen nicht klagen. Auch für die Redaktion werden wieder bessere Zeiten anbrechen.
Wir wissen noch nicht, wann der nächste KLARTEXT erscheinen wird. Bis dahin wünschen wir Euch eine besinnliche Weihnachtszeit, hoffentlich im Kreis Eurer gesunden Lieben, und einen guten Rutsch in das Jahr 2022. Wir sehen uns!
Viel Vergnügen beim Lesen dieser Ausgabe unserer Mitgliederzeitung wünscht Euch die KLARTEXT-Redaktion. *Carsten Penzlin*

AKTUELLES

Anzahl rechter Straftaten verdoppelt – Entwicklung besorgniserregend

Zur Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage „**Politisch motivierte Straftaten in M-V im 2. Quartal 2021**“ erklärt der innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, **Michael Noetzel**:
„Die Entwicklung rechtsmotivierter Straftaten im ersten Halbjahr dieses Jahres ist äußerst besorgniserregend. Vom ersten zum zweiten Quartal hat sich die Anzahl von rassistischen, antisemitischen oder sonstigen menschenfeindlichen Delikten nahezu verdoppelt. Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wenn Mecklenburg-Vorpommern täglich drei Mal zum Tatort von Neonazis und Rassisten wird. Alle Demokratinnen und Demokraten sind aufgefordert, sich dieser Entwicklung entgegenzustemmen.
Die extreme Rechte ist eine große Gefahr für unser demokratisches Zusammenleben und jeden Einzelnen, der zum Feindbild dieser Menschenfeinde erklärt wird. Mit 18 Taten bewegt sich die Anzahl der Gewaltdelikte im zweiten Quartal dieses Jahres ebenfalls auf einem erschütternden Hoch. Ziel muss es sein, diesen Trend so schnell wie möglich zu stoppen.“

AKTUELLES

Wo bleiben die Ostdeutschen am Kabinettstisch Scholz?

DIE LINKE fordert die neue Ampel-Regierung auf, einen Regelungsvorschlag vorzulegen, der den in Artikel 36 Satz 1 des Grundgesetzes verlangten Länderproporz in einer Ost-Quote umsetzt. Das bedeutet, Repräsentation entsprechend ihres Anteils an der Bevölkerung - derzeit 16 Prozent. Für das Ampel-Kabinett wären das mindestens drei Minister*innen.

„Die FDP ist und bleibt eine „Wessi-Partei“, alle der vier der ihr zustehenden Ministerien haben die Neoliberalen mit Westdeutschen besetzt“, so Hennig-Wellsow.

Max Becker, Mitglied im Bundesparteivorstand und der „Taskforce für Klimagerechtigkeit“ in DIE LINKE erklärt: „Als Anwältin der Ostdeutschen ist DIE LINKE enttäuscht über die künftige Ampel-Koalition. Im Koalitionsvertrag lesen wir: „Wir verbessern die Repräsentation Ostdeutscher in Führungspositionen und Entscheidungsgremien in allen Bereichen. Für die Ebene des Bundes legen wir bis Ende 2022 ein Konzept zur Umsetzung vor. Die Erfahrungen der Ostdeutschen im Wandel und die Bedingungen für gelingende Transformation sollen im neuen „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ für zukünftige Herausforderungen erforscht und besser vermittelt werden.“ 30 Jahre nach der Wiedervereinigung brauchen die Ostdeutschen politische Teilhabe im hier und heute und eine laute Stimme am Kabinettstisch jetzt, statt mit noch einem Arbeitskreis abgespeist zu werden.

Der in Eisenach geborene Becker weiter: „Außerdem verspricht der Koalitionsvertrag: Wir werden intensiv daran arbeiten, die innere Einheit sozial und wirtschaftlich zu vollenden. Insbesondere die Erfahrungen der Ostdeutschen wollen wir für die anstehenden Transformationsprozesse in ganz Deutschland nutzen.“ Angesichts des bisher bekannten Personaltableaus müssen wir feststellen, dass die Ampel nur für westdeutsche Politiker*innen die grüne Welle bringt. Wenn selbst das Transformationsministerium unter Vize-Kanzler und Grünen-Parteichef Habeck keine Ostdeutschen in die Führung nimmt bleibt ein wichtiges Wahlversprechen der kommenden Regierungsparteien augenscheinlich schon jetzt gebrochen.“

www.die-linke.de

FLUGHAFEN LAAGE

Fortsetzung von S. 1

Es gab Zweifel oder Widerspruch zur ökologischen Vertretbarkeit von Regionalflugverkehr, wirtschaftlichen Sinnfälligkeit und zum Nutzen des Flughafens für die Region. Trotz aller Schwierigkeiten gab es bis 2018 eine positive Entwicklung der Flugpassagierzahlen (2018: 296.027). Durch die Insolvenzen der Fluggesellschaften Germania und flybmi 2019 sowie die weltweite Corona-Pandemie seit 2020 gab es einen drastischen Einbruch der Passagierzahlen. Deshalb mussten 2019 und 2020 zusätzliche 1,4 bzw. 1,5 Mio. € vom Land und den Gesellschaftern zugewiesen werden.

Diese negative wirtschaftliche Entwicklung veranlasste die Geschäftsführerin des Flughafens Dörthe Hausmann, den Gesellschaftern 2000 ein Konzept für die künftige breit aufgestellte diverse Entwicklung der Gesellschaft auf mehreren ökonomisch tragfähigen Säulen vorzustellen. Auf der Basis dieses Konzeptes haben Dr. Peter Strauer und ich für unsere Fraktion im August und September 2020 in den Wirtschaftsausschuss und in den Kreistag einen Antrag zur Gründung einer Technologie- und Innovationsgesellschaft am Standort Laage eingebracht. Nach zähen Debatten hat eine Mehrheit des Kreistages für unseren Antrag gestimmt, der den Landrat beauftragte, diesen Vorschlag in die Gesellschafterversammlung einzubringen. Die Gesellschafterversammlung hat das abgelehnt. Deshalb hat der Kreistag im Dezember 2020 den Landrat ermächtigt, Gespräche mit weiteren potenziellen Gesellschaftern zu führen. Ähnliche Beschlüsse wurden durch die beiden anderen Gesellschafter gefasst. Dazu gehörten auch Gespräche mit dem Land zur Entwicklung eines Landes-Flughafens. Die Gespräche führten nicht zu einer Lösung. Deshalb wurde im Juni 2021 ein Interessenbekundungsverfahren eingeleitet und veröffentlicht. Mindestkriterien für einen künftigen (alleinigen) Gesellschafter und Investor waren Branchenerfahrungen im Luftfahrtbereich und finanzielle Ausstattung und Leistungsfähigkeit. Auf dieses Interessenbekundungsverfahren hat nur ein Unternehmen, die Zeitfracht-Gruppe, reagiert. Mit diesem Unternehmen wurden dann Gespräche zu einem möglichen Kaufangebot geführt.

Auf der Basis der des Jahresabschlusses der 2020, der Zwischenbilanz 2021, des Wirtschaftsplans 2021 der RLG usw. hat die Zeitfracht Immobilien GmbH am 8.10. ein notariell beglaubigtes Kaufpreisangebot vorgelegt. Über dieses Kaufangebot und die weiteren Vertragsgegenstände (u.a. Betriebsgarantie für 10 Jahre, Übernahme der Arbeitskräfte, Beteiligung der ehemaligen Gesellschafter an eventuellen Flächenverkäufen, Übernahme aller Verbindlichkeiten der RLG durch Kredite usw.) wurde zunächst in geschlossenen Sitzungen des Kreistages informiert und diskutiert, abschließend in der außerordentlichen Kreistagssitzung am 25.11. beraten und abgestimmt. Die Fragen und Diskussionen bezogen sich vor allem auf den Kaufpreis von nur 200.000 € und eine eventuelle nachträgliche Gewinnausschüttung von 2020 an die ehemaligen Gesellschafter. Die Kaufsumme entspricht dem Nominalwert der Gesellschaft. Die rechnerischen Gewinne der Flughafengesellschaft entstanden nur durch die Zuschüsse der Gesellschafter und den Verlustausgleich durch das Land, nicht durch eigene wirtschaftliche Leistungen. Eine nachträgliche Gewinnausschüttung wurde vom Käufer nicht akzeptiert, zumal er alle Verbindlichkeiten, die aus Kreditrückzahlungen resultieren, und Risiken übernimmt. Der Kreistag hatte also „nur“ zu entscheiden: Annahme oder Ablehnung des Kaufangebotes. Eine große Mehrheit hat für den Verkauf der Gesellschafteranteile und den Übertragungsvertrag gestimmt, auch die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE. Dafür haben wir folgende Gründe angeführt:

- Der Weiterbetrieb der bisherigen Flughafengesellschaft ist wirtschaftlich perspektivlos. Er würde in wenigen Monaten zur Insolvenz des Unternehmens mit vollständigem Verlust der Arbeitsplätze und wenig Erträgen aus der Insolvenzmasse führen (da die meisten Investitionen kreditzinsbelastet und die Gebäude flughafenspezifisch sind)
- Die Gesellschafter (vor allem die RVV für Rostock) waren nicht bereit, eine diverse Erweiterung des Unternehmenszweckes vorzunehmen.
- Mit der Übernahme aller Gesellschafteranteile durch Zeitfracht wird eine zukunftsfähige wirtschaftliche Entwicklung des Flughafens als Logistikdrehscheibe unter Beibehaltung des Passierflugbetriebes und Entwicklung innovativer Sparten für erneuerbare Energien und Luftfahrttechnik gesichert. Damit werden nicht nur die vorhandenen Arbeitsplätze erhalten, sondern zusätzliche benötigt.
- Der Verkauf des Gesellschafteranteils bringt dem Landkreis Rostock zwar nur eine einmalige Einnahme von 71.130 €, bewahrt den Landkreis aber vor jährlichen (beihilfekritischen) Zuschüssen von mindestens ca. 640.000 €. Für weitere nötige Investitionen wären wahrscheinlich noch höhere Zuschüsse nötig. Diese „freiwerdende“ Summe brauchen wir dringend für andere pflichtige und freiwillige Aufgaben des Landkreises, u.a. zur Entwicklung des Fahrzeugparkes unseres kommunalen Busunternehmens Rebus.
- Der Betrieb eines Flughafens für den Passagierverkehr ist keine kommunale Aufgabe. Er lässt sich nicht kostendeckend oder gar gewinnbringend gestalten. Das wäre aber der einzige vernünftige Grund für diese wirtschaftliche Betätigung.
- Für den internationalen Passagierverkehr in den Mittelmeerraum können und sollten vor allem die Großflughäfen in Hamburg und Berlin genutzt werden.

Prof. Dr. Wolfgang Methling
Mitglied des Wirtschaftsausschusses

Transparenz ist und bleibt das beste Mittel gegen Korruption

Zum **Internationalen Anti-Korruptions-Tag** *erklärt die Vorsitzende der Linksfraktion,* **Jeannine Rösler:**

„Korruption begegnet uns in der Gesellschaft viel zu häufig, sie unterminiert Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Auch der politische Raum ist von Bestechlichkeit nicht ausgenommen, immer wieder wird versucht, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen – ob durch Spenden finanzstarker Unternehmen, teure Geschenke oder die Beschaffung gut bezahlter Neben- und Anschlussjobs. Zuletzt gerieten Politikerinnen und Politiker der Unionsfraktionen durch die Aserbaidschan-Affäre oder zweifelhafte Masken-Deals in die Schlagzeilen. Aber auch unterhalb der strafrechtlichen Relevanz von Korruption pflegen einzelne Akteure immer wieder zweifelhafte Geschäftsbeziehungen – wie Reisen über Augustus Intelligence oder mutmaßliche Waffengeschenke zur Klimapflege zeigen. Diese Praktiken müssen ein Ende haben. Um der Korruption entgegenzuwirken, setzt sich meine Fraktion seit vielen Jahren für größtmögliche Transparenz in der Politik ein. So haben wir in der zurückliegenden Legislaturperiode das ‚Fußabdruck-Gesetz‘ auf den Weg gebracht. Damit kann nachvollzogen werden, wer zu welchem Zeitpunkt in welcher Form an politischen und parlamentarischen Entscheidungsprozessen beteiligt war. Auch in der jetzigen Koalition werden wir Initiativen auf den Weg bringen, die für mehr Transparenz sorgen.

BERICHT VON ZWEI BÜRGERSCHAFTSSITZUNGEN

Am 24. November traf sich die Rostocker Bürgerschaft zu einer Sondersitzung. Der alleinige Tagesordnungspunkt war der Verkauf der Gesellschaftsanteile der Hansestadt am Flughafen Rostock Laage.
Der Flughafen Laage war für Rostock immer ein Zuschussbetrieb gewesen. So haben die drei Gesellschafter, die Hansestadt Rostock, der Landkreis Rostock und die Stadt Laage jährlich 1,8 Millionen Euro für den Betrieb gezahlt. Unser Finanzsenator Chris Müller von Wrycz Rekowski betonte, dass es nicht an der Arbeit der Flughafen-Geschäftsführung lag, dass der Flughafen immer rote Zahlen schrieb. Denn diese habe in seinen Augen immer sehr gute Arbeit verrichtet. Laut Aussage des Senators spielte auch die klimapolitische Debatte um Kurzstreckenflüge innerhalb Deutschlands und die Gemengelage der Pandemie eine wichtige Rolle für die mangelnde Geschäftsentwicklung und die dadurch entstehende Rentabilität.
So entschied man sich für den Verkauf an den Interessenten Zeitfracht GmbH aus Berlin. Ein „Familienunternehmen“ mit 6200 Mitarbeitern, welches in ganz Deutschland in der Logistik und Buchgroßhandel tätig ist. Wichtig für den Verkauf an die Zeitfracht GmbH war zum Einen, dass das geplante Geschäftsmodell unsere Bürgerschaftsabgeordneten überzeugte und zum Anderen, dass das komplette Personal (inkl. Geschäftsführung) mit übernommen werde.
Das Konzept überzeugte und es gab für das Personal feste Zusagen des Käufers für die Arbeitsplatzerhaltung.
Für die Zeitfrachtgruppe gibt es viele Vorteile einen Flughafen zu besitzen. So wollen die neuen Eigentümer 20 Millionen Euro am Standort investieren. Denn der Flughafen Laage bietet viel Platz für Neubauten. Ein weiterer Vorteil für den Standort ist, dass es in Mecklenburg Vorpommern wenig Flugverkehr gibt und dass Laage nicht weit weg von Berlin ist.
In der 20-minütigen Sitzung haben sich die Abgeordneten mit einer großen Mehrheit für der Verkauf der 54%igen Anteile der Hansestadt Rostock an der Flughafengesellschaft ausgesprochen. Danach wurde die Sondersitzung beendet.
Der Landkreis Rostock und die Stadt Laage haben einige Tage später auch dem Verkauf zugestimmt.

Die nächste reguläre Bürgerschaftssitzung fand am 1. Dezember in der Stadthalle statt. Die Präsidentin Regine Lück begrüßte die Teilnehmer, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Aushänge und Einladungen und die Beschlussfähigkeit fest. Dann wies sie auf die neuen schärferen Corona-Regelungen für die anwesenden Bürgerschaftsmitglieder hin und begann mit der Tagesordnung.

Nun können alle Kinder und Jugendlichen von der Geburt bis zum Ende der Schulzeit kostenlos Bus & Bahn benutzen, denn es gibt jetzt auch ein kostenloses Vorschulticket in Rostock.

In der Einwohnerfragestunde hatte Hannes Rabenhorst das Wort erteilt bekommen. Sein Thema waren die Planungen am Groten Pohl und die geplante Genehmigung vom Rathaus für die Ansiedlung von SIXT. Er lobte vergangene Entscheidungen der Bürgerschaft für mehr Demokratie und monierte als Einwohner, Familienvater, Umweltingenieur und Aktivist, dass derzeit keine Bürgerbeteiligung für die Entwicklung des Groten Pohl, für dessen Bebauung seit 2018 kein weiterer Beschluss gefasst worden ist, stattfindet. So fragte er, warum die Öffentlichkeit erst jetzt von der Absprache von Rathaus und SIXT erfuhr? An einem Punkt, wo fast alles schon entschieden ist.
Kristin Schröder antwortete für unsere Fraktion und als Vorsitzende des Ortsbeirates Südstadt. Dort wurde über viel die Bebauung diskutiert. Genossin Schröder stellte aber klar, dass sie dort bauen wollen. Sie wollen den Groten Pohl entwickeln, denn wir brauchen bezahlbaren Wohnraum in der Innenstadt. Aber sie stellte auch fest, dass es fraglich sei, ob SIXT in der geplanten Größe bauen sollte. So soll nach jetzigem Planungsstand ein SIXT Innovation Center, eine Art Campusgelände für 1200 Mitarbeiter, bis 2025 entstehen.
Daher bat Kristin Schröder darum, dass das Thema in allen Gremien ausführlich und intensiv diskutiert werden soll und lud Herrn Rabenhorst und seine Initiative „Stadtgrün-statt-Beton“ zu der Ortsbeiratssitzung der Südstadt am kommenden Donnerstag ein.
Zum Redaktionsschluss lag das Protokoll der Sitzung des Ortsbeirates Südstadt leider noch nicht vor.

Personalroulette

Genosse Christian Albrecht ist für die Bürgerschaft und unsere Fraktion als Mitglied in den Aufsichtsrat der Digitales Innovationszentrum Rostock GmbH (DIZ GmbH) gewählt worden. Das Innovationszentrum wurde am Abend per Beschluss gegründet. Am Ende des Textes geht die Redaktion auf Details ein.
Genossin Monique Tannhäuser ist als Mitglied in den Aufsichtsrat der BUGA Rostock 2025 GmbH gewählt worden.
Wir wünschen unseren beiden Genoss*innen Kraft, einen ruhigen Geist und viel Erfolg bei ihrer neuen Aufgabe.

Anträge

Es gab keine erwähnenswerten Anträge während der Sitzung. Die CDU monierte die mangelnde Transparenz bei der Planung der neuen Klärschlammanlage und hat dementsprechend einen Antrag gestellt, welcher aber abgelehnt worden ist. Im Gegenzug warf man der CDU eine Verzögerungstaktik bei der Umsetzung des Projektes vor. Wir als LINKE.PARTEI kritisieren weiterhin, dass das vorgeschlagene Umsetzungskonzept nicht mehr zeitgemäß ist und fordern daher weiterhin, dass die Pläne für die Klärschlammanlage auf den neusten technischen Stand gebracht werden müssen.
Des weiteren wurde eine Personalaufstokkung in der Gedenk- und Erinnerungsarbeit der Stadtverwaltung beschlossen. Das neue Personal soll dann vornehmlich für unterstützende Recherchearbeit eingesetzt werden. Zum Aufgabenbereich der AG Gedenken gehört u.a. die Koordinierung der Zusammenarbeit zwischen städtischen Akteuren (Stadtarchiv, Kulturhistorisches Museum, Denkmalschutzbehörde) und anderen nichtstaatlichen Akteuren (Geschichtswerkstatt, Max-Samuel-Haus,

VVN-BdA). Die AG dient der Aufarbeitung, Pflege und Aufklärung der Geschichte der Hansestadt Rostock. Des Weiteren unterstützt und koordiniert sie die Gedenk- und Erinnerungskultur.

Beschlussvorlagen

Ein spannende Vorlage am Abend war die Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, kurz GmbH, mit dem Namen Digitales Innovationszentrum Rostock GmbH. Zu diesem Antrag äußerte sich unser Oberbürgermeister und warb nochmal dafür, dass Rostock ein „riesen Wachstumspotential“ im Bereich der betrieblichen Neugründung (neudeutsch Start-Ups) hat. Des weiteren gäbe es große Fördermöglichkeiten vom Land, und deshalb werbe er um Zustimmung für den Antrag zur Gründung.
Die Stadt Rostock stellt zusammen mit der Universität und der Sparkasse das Stammkapital zur Gründung einer GmbH in Höhe von 25000 Euro. Diese GmbH soll dann Beratung, Unterstützung und Betreuung von Gründungsinteressierten, Gründern und ansässigen Unternehmen durchführen, Forschungskooperationen und überbetriebliche Kooperationen vermitteln und ausbauen. Schlussendlich brachte die Rostocker Bürgerschaft mit Wirkung zum 01.01.2022 die Gründung der Digitales Innovationszentrum Rostock GmbH auf den Weg. Nun können innovative Start-Ups besser unterstützt und effektiver an den Standort Rostock gebunden werden.

Der Bericht des Oberbürgermeisters

Das letzte Thema für den öffentlichen Teil des Abends. Herr Madsen sprach zum Zeitpunkt der Sitzung über die Hoffnung, dass ordentliche Corona-Regelungen für die Kommunen kommen. Er hoffe, dass die Umsetzung Klarheit schaffe. Denn jede neue oder nicht vorhandene Vorgabe setze alle Menschen in der Verwaltung der Kommune unter Druck. Des weiteren kritisierte er die lange bekannten Problemfelder der Pandemie. Daher dankte er der Bürgerschaft, den Vereinen welche die Last mittragen, den Institutionen unserer Stadt und all den Ämtern für ihre tolle Arbeit. Auch dankte er seinem Gesundheitssenator Steffen Bockhahn für seine bisher geleistet Arbeit.
Dieser berichtete im Anschluss an den OB über die derzeitigen Zustände in der Stadt. So sei es derzeit nicht möglich, Container für Schnelltests am Markt zu finden. Rostock hat aber Glück, da die bisher vorhanden Konzessionsnehmer für Schnelltestzentren, welche in kürzester Zeit diese Zentren wieder hochfahren konnten, die Aufgabe gut gelöst haben. Bockhahn erinnerte, dass wir in Rostock Ende Oktober gerade mal 14 Tests am Tag durchgeführt haben – und jetzt sind es weit mehr als 3000 Testungen am Tag.
Der Flaschenhals für Testungen sind derzeit aber nicht die überschaubare Menge an Schnelltests, so Bockhahn, sondern eher die limitierenden Laborkapazitäten zur Analyse. Er freute sich zu berichten, dass die Unimedizin ein labordiagnostisches Gerät bestellen konnte, welches dann bei Lieferung die jetzigen Testkapazitäten verdoppelt. Derzeit laufen die Geräte Tag und Nacht am Anschlag der Belastung durch, um der Nachfrage überhaupt Herr zu werden.

Dann endete der öffentliche Teil nach dreieinhalb Stunden Sitzung. Alle Protokolle und Anträge der Bürgerschaft oder Ausschüsse kann man unter ksd.rostock.de nachlesen.

Martin Raspe

ROSTOCKER NEUJAHRSGRÜSSE

Liebe Genossinnen und Genossen,
vor einem Jahr hatten wir gehofft, die Corona-Pandemie möglichst bald hinter uns zu lassen. Das Virus, aber auch die Unvernunft vieler Menschen und ein schlechtes Krisenmanagement der Bundesregierung haben uns einen Strich durch die Rechnung gemacht. Gerade mussten wir unseren Kreisparteitag und ein Mitgliedertreffen absagen. Das schmerzt uns sehr, denn ohne den persönlichen Austausch macht politische Arbeit nur halb so viel Spaß.
Vor einem Jahr haben wir optimistisch ins „Superwahljahr“ geblickt. Die Menschen würden doch endlich begreifen, dass unsere Gesellschaft viel mehr nach solidarischen Prinzipien organisiert werden muss. Dachten wir. Stattdessen haben wir bei den Wählern stark an Zustimmung verloren. Über die Gründe wurde schon viel gesprochen. Die Antworten fallen ganz unterschiedlich aus. Fakt ist, dass sich die Partei nun am Riemen reißen muss. Geschlossenheit und Professionalität im öffentlichen Auftreten müssen wieder zur Richtschnur politischen Handelns werden. Die innerparteilichen Probleme, die uns daran hindern, müssen möglichst schnell gelöst werden.
Im Bund regieren nun drei Parteien, die sich inhaltlich kaum unterscheiden. Die soziale Frage ist die Achillesferse der neuen Regierung. Hier müssen wir konsequent den Finger in die Wunde legen. Endlich können SPD und Grüne ihre sozialen Wahlkampfversprechen umsetzen – die CDU steht dem nicht mehr im Weg. Angeblich verhindert nun die kleine FDP alles Schöne und Gute. Das ist die erste große Lüge der neuen Regierung. Das lassen wir SPD und Grünen nicht durchgehen!

Eindrücke aus einem umwerfenden Wahlkampf

In Mecklenburg-Vorpommern regieren wir nun mit. Hier können wir zeigen, dass DIE LINKE an den „Schalthebeln der Macht“ viel Gutes für die Menschen bewirken kann.
Dem neu gewählten Abgeordneten Christian Albrecht wünschen wir eine erfolgreiche Zeit im Parlament. Karsten Kolbe danken wir herzlich für seine fünfjährige Arbeit in Schwerin. Er bringt seine Erfahrungen nun in die Arbeit als unser Fraktionsgeschäftsführer in der Bürgerschaft ein. Ein großes Dankeschön geht an dieser Stelle an Maren Haase, die diesen Job über so lange Zeit ausgeübt hat. Liebe Maren, wir wünschen Dir Gesundheit und viele Ideen für einen produktiven (Un-)Ruhestand! Danken wollen wir auch unserem Sozialsenator Steffen Bockhahn, der in diesen schwierigen Zeiten dafür ackert, dass Rostock möglichst gut durch die Pandemie kommt.
Vor uns liegt ein Jahr ohne Wahlkämpfe. Wir haben also die Zeit – und auch die Pflicht –, uns Gedanken darüber zu machen, wie wir unseren Kreisverband für die Zukunft aufstellen wollen. Dafür haben wir bereits einige Vorschläge gemacht, die wir gerne mit euch diskutieren wollen. Das Ziel ist, 2024 bei der Kommunalwahl die stärkste Partei in Rostock zu bleiben. Es steckt noch viel Kraft in der LINKEN! Dafür wollen wir hier in der Stadt den Beweis antreten. Lasst uns das gemeinsam angehen.
An dieser Stelle möchten wir uns herzlich für Euer Engagement im zurückliegenden Jahr bedanken. Dafür fühlt Euch umarmt! Wir wünschen Euch ein wachsames Auge auf die Ungerechtigkeiten in der Welt.

Herzlichst,
Eva-Maria Kröger & Carsten Penzlin

DEN KOMPASS NEU AUSRICHTEN

Aufgaben für DIE LINKE nach der Bundestagswahl

Von Janine Wissler und Susanne Hennig-Wellsow

DIE LINKE hat bei der Bundestagswahl eine schwere Niederlage eingesteckt. Der Verlust an Zustimmung betrifft nicht bestimmte Gruppen oder Regionen, wir haben überall verloren. Dafür gibt es mehr als einen Grund und ganz sicher liegen viele bei uns selbst. Deswegen werden wir als Parteivorsitzende in den kommenden Monaten den schon länger anhaltenden Trend zurückgehender Wahlergebnisse selbstkritisch und gründlich auswerten. Dazu gehört nicht nur die umfassende Beratung auf allen Ebenen und in allen Gremien unserer Partei, sondern auch eine wissenschaftliche Begleitung. Deren Ergebnissen wollen und können wir hier nicht vorweggreifen.

Wir haben im Februar den Parteivorsitz angetreten, um all jene für DIE LINKE zu gewinnen, die einen linken Aufbruch wollen. Es war eine turbulente und schnelle Zeit bis zur Bundestagswahl. Dies entbindet uns als Parteivorsitzende jedoch nicht von einer Verantwortung für das Ergebnis. Es gibt viele Fragen, denen wir uns jetzt offen, zuhörend, analysierend stellen müssen, zum Beispiel diesen: Wie wirken unsere Vorschläge, unsere Forderungen bei den Menschen im Land? Vermitteln wir das, was wir wollen, auch glaubwürdig genug – etwa die Verbindung von gestaltender Veränderung im Hier und Heute und unseren radikalen Veränderungsperspektiven? Wie kommen wir als LINKE im Alltag von Familien vor, von Menschen, die Abstiegsängste haben, wie in den immer vielfältigeren Lebenswirklichkeiten? Unsere linken Konzepte sind erst dann wirkungsvoll, wenn sie die Menschen erreichen, um die es uns geht. Die Frage nach der Funktion unserer Partei für die Menschen ist die Entscheidende. Und wir müssen ihnen deutlicher als bisher sagen, wie wir das, was wir fordern, umsetzen wollen.

Alle in der LINKEN sind aufgerufen, sich zu befragen, wie es zu diesem niederschmetternden Ergebnis kam. Wir haben damit in zahlreichen Gesprächen in den Kreis- und Landesverbänden, bei Mitglieder-Zooms und im Parteivorstand bereits begonnen. Wir laden dazu ein, dies weiter gemeinsam und solidarisch zu tun. Wer sich die Vergangenheit nicht kritisch anschaut, kann auch keine Zukunft gestalten.

Eine neue Zeit

Die Herausforderungen warten nicht auf uns. Eine neue Koalition ist im Amt. Nach mehr als 16 Jahren stellt die SPD wieder den Kanzler. Grüne und FDP werden nun in der Regierung an ihrer Politik gemessen. Unsere Partei hat als einzige linke Opposition im neuen Bundestag eine wichtige Rolle als Anwältin sozialer und ökologischer Forderungen und als die politische Kraft, die sich für eine grundsätzliche Abkehr von einer auf Profit orientierten Wirtschaft einsetzt.

Nur wenn wir uns erneuern, wird es uns gelingen, die Spielräume für Alternativen tatsächlich auch zu nutzen, die von der Ampel-Regierung eröffnet werden. Eine LINKE, die Hoffnung auf grundsätzliche Veränderung weckt, die um jede Verbesserung im Alltag und jeden Schritt in die richtige Richtung kämpft, kann Vertrauen zurückgewinnen und wieder erfolgreich werden. Wir wollen als Parteivorsitzende erste Vorschläge machen, wie DIE LINKE diesen Weg gehen kann. Es geht darum, Schwächen zu überwinden, Fehler zu korrigieren, unsere Stärken zu stärken und neue Zuversicht zu stiften. Ohne Hoffnung kein Erfolg und ohne Vertrauen keine neue Kraft.

Dabei sind wir mehr denn je auf euch angewiesen: auf die Mitglieder unserer Partei, die jeden Tag für soziale Veränderung einstehen – ob in kommunalen Vertretungen oder in Landtagen, ob in Regierungen oder Betrieben, ob in der Nachbarschaft oder sozialen Bewegungen. Unsere LINKE wird wieder gewinnen, wenn sie als aktive Mitgliederpartei mehr Menschen zum Mitmachen begeistert.

Wir werden nicht so weitermachen wie bisher. Wir können bei der notwendigen Klärung unserer Gemeinsamkeiten nicht einfach zu politischen Antworten zurückkehren, die in der Zeit des Widerstands gegen die sozialen Folgen der Nachwende-Transformation oder gegen die Agenda-2010-Politik der Nullerjahre richtig waren. Es reicht angesichts einer veränderten Gesellschaft nicht aus, als soziales Korrektiv zu SPD und Grünen zu agieren. Eine linke Partei muss mehr wollen. Und wir können auch mehr.

Es geht in einer veränderten Zeit nicht mehr allein um die gerechte Verteilung von Reichtum, es geht um eine andere Weise des Arbeitens und Wirtschaftens. Wir stehen transnational vor einem Epochenbruch, der vielleicht das Ende des fossilen Kapitalismus bedeutet. Die politischen Antworten des 20. Jahrhunderts lösen nicht die Schlüsselfragen des 21. Jahrhunderts: soziale Spaltung, eskalierende Klimakrise, globale Konkurrenz um Ressourcen, autoritäre Bedrohung der Demokratie. Es kann nicht nur darum gehen, den »Strukturwandel« in den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen nur sozial abzufedern oder ausschließlich auf (zweifelsohne notwendige) technologische Innovationen zu setzen. Ein grün modernisierter Kapitalismus wird die soziale und ökologische Krise nicht lösen.

Größere Umbrüche stehen an – lasst sie uns nutzen, um Wirtschaft und Arbeit zu demokratisieren, um Stadt und Land, Mobilität, Industrie und Dienstleistungen neu, von den Bedürfnissen der Menschen, nicht des Marktes, aus zu denken. Wir wollen DIE LINKE als treibende Kraft einer an die Wurzel der Probleme gehenden sozialen und ökologischen Transformation neu aufstellen und zukunftsfähig machen.

Wir wollen eine LINKE, die bewahrt, was gut war und zugleich ändert, was uns im Vergangenen gefangen hält. Es geht um soziale Gerechtigkeit, um demokratische Freiheit und internationale Solidarität als Leitbilder einer modernen sozialistischen Partei, die konkrete, realistische und radikale Antworten auf die Grundfragen unserer Zeit gibt. Der Klimawandel, wie die Fragen von Krieg und Frieden und Arm und Reich, dulden keinen Aufschub.

Was wir für ein gutes Leben brauchen

Die Pandemie-Krise bestimmte nicht nur die Endphase der Ära Merkel, sie dominiert nun auch den Beginn der Ampel-Regierung. Hinter uns allen liegen fast zwei Jahre voller Entbehrungen, voll Dauerstress vor allem für Familien und verordneter Ruhe für all jene, deren Bereiche heruntergefahren werden mussten. Das Jahr 2021 endet, wie es begonnen hat. Die erneute Zuspitzung der Gesundheitskrise ist jedoch nicht vom Himmel gefallen. Die Große Koalition hat mit tödlichen Konsequenzen Fehler gemacht, die vermeidbar gewesen wären: beim Umgang mit den Patenten für die Impfstoffe, mit dem Pflegenotstand, bei ihrer Gesundheitskommunikation und der Ignoranz gegenüber der sozialen Dimension der Pandemie, die Menschen mit geringen Einkommen und in bestimmten Jobs stärker trifft als andere. Die aktuelle Eskalation der Pandemie-Krise liegt jedoch auch in der Verantwortung der neuen Koalition.

Corona hat in einem der reichsten Länder elementarste Mängel offengelegt – sei es bei der Bezahlung von Gesundheitsarbeiter*innen und Menschen in sozialen Berufen, sei es bei der Bereithaltung von notwendigen Gütern. Das auf Wettbewerb und Profit getrimmte Gesundheits- und Pflegesystem kommt an die Grenzen. SPD, Grünen und FDP haben sich für Verzicht auf Umverteilung und für Selbstbeschränkung bei der Finanzierung öffentlicher Aufgaben entschieden – auf Kosten der Allgemeinheit und zu Lasten einer am Gemeinwohl orientierten öffentlichen Infrastruktur.

Dass der Markt es nicht alleine richten wird, hat uns die Pandemie jeden Tag vor Augen geführt. Unsere Devise heißt: weniger Markt, mehr Demokratie wagen. De-

mokratisches Eigentum an dem, was alle für ein besseres Leben brauchen. Deshalb ist eine starke Stimme für ein gerechtes und umfassendes Gesundheitssystem nötig, das sich an den Bedarfen der Menschen orientiert statt an Kennziffern und Gewinnzielen. Die Ampel verspricht uns mehr »Respekt«, aber sie schweigt über den dazu nötigen Ausbau des Sozialstaats, der die Menschen in allen Lebensphasen absichert. Aus Hartz IV soll ein Bürgergeld werden, aber Regelsätze bleiben zu niedrig und der Kontrolldruck bleibt hoch. Trotz der Erhöhung des Mindestlohns, die wir begrüßen und für die wir als LINKE lange gekämpft haben, bleibt der Arbeitsmarkt gespalten. Minijobs sollen ausgeweitet werden, wovon vor allem Frauen, Alleinerziehende und Migrant*innen betroffen sind. Sachgrundlose Befristungen und Leiharbeit werden nicht abgeschafft. Löhne, von denen man gut leben kann, wird es für Verkäufer*innen, befristet beschäftigte Sozialarbeiter*innen, Altenpfleger*innen und viele andere nicht geben. Den versprochenen »Respekt« kann nur ermöglichen, wer an Strukturen der Arbeitswelt rüttelt, die den Menschen das Leben schwermachen.

Die Rentenpolitik der Ampel lässt sich auf die Formel bringen: Zehn Milliarden Euro Steuergelder in die Aktienrente, aber Null Milliarden, um die sich abzeichnende Lawine von Altersarmut zu stoppen. Von der werden viele betroffen sein: Frauen, Beschäftigte im Handel, in sozialen Berufen oder im Kulturbereich etwa, Leiharbeiter*innen und Beschäftigte in kleinen Unternehmen, Menschen mit unterbrochenen Erwerbsbiographien, darunter queere Menschen und Menschen mit körperlichen Einschränkungen. Und nicht zuletzt die junge Generation Corona.

Freiheit, Menschenwürde und ein soziales Fundament in jeder Lebensphase – das sind grundlegende Ansprüche, die Menschen unterschiedlicher Generationen und Herkünfte teilen. Wir wollen unseren sozialen Kern erweitern.

Wir werden soziale Garantien – eine Mindestabsicherung für alle, von der Facharbeiter*in bis zum Selbständigen, von der Student*in bis zur Rentner*in, ebenso wie Bildungs- und Weiterbildungsgarantien auf die Tagesordnung setzen. Wir machen Druck für eine Renten- und Pflegereform und die Aufwertung der sozialen Berufe. Unsere Politik des sozialen Zusammenhalts setzt auf einen gerecht finanzierten Sozialstaat und gesellschaftliche Infrastruktur.

Viele Menschen wollen eine funktionierende und krisenfeste Infrastruktur und einen Wandel hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft und Klimaneutralität. Die Investitionspläne der Ampel werden dem nicht gerecht, weil SPD, Grüne und FDP der Auseinandersetzung mit Unternehmen und Hochvermögenden aus dem Weg gehen. Ohne Umverteilung werden Klimaschutz, Lebensqualität im Alltag und soziale Gerechtigkeit so in Gegensatz zueinander gebracht. Gutes Leben braucht als Voraussetzung gute Städte, gute Gemeinden und ein gutes Land. Wir halten massive Investitionen in die Bereiche für nötig, die über die Lebensqualität der Menschen entscheiden: bessere Gesundheitsversorgung, bezahlbares Wohnen, lebenswerte Kommunen, Bildungsgerechtigkeit, eine krisenfeste und vielfältige Kultur und den ökologischen Umbau der Wirtschaft. Um dies gerecht zu finanzieren, machen wir weiter Druck für die Wieder-Einführung der Vermögenssteuer für Multimillionäre.

Im Regierungswechsel hin zu einer Koalition aus SPD, Grünen und FDP verschafft sich eine gesellschaftliche Richtungsveränderung ihren Ausdruck: Politik für einen »grünen Kapitalismus« der ökologischen Modernisierung. Die Ampel will neue Akkumulationsfelder erschließen und Deutschland als »wettbewerbsfähigen« Standort in der internationalen Konkurrenz stärken. Dabei »entfesselt« die Ampel nicht nur privates Kapital, sondern auch neue Widersprüche.

Es ist Zeit für eine erneuerte sozialistische Partei. Nur wenn wir uns verändern, können wir wieder Vertrauen gewinnen.

Janine Wissler und Susanne Hennig-Wellsow über die Aufgaben für DIE LINKE nach der Bundestagswahl

Die ökologische Modernisierung ermöglicht zwar neue Perspektiven für Teile der Beschäftigten, bedroht aber zugleich Arbeitsplätze in traditionellen Industrien und Berufen. Viele können es sich auch nicht leisten, bei einer Transformation mitzuhalten, die vorrangig »vom Markt« gestaltet werden soll, sei es aufgrund von steigenden Energiepreisen oder weil berufliche und damit Lebensperspektiven verlorengehen. Denn Arbeit ist eben auch eine Frage der Würde und der Anerkennung von Lebensleistungen.

Fortschritt für wen?

Die Regierungskoalition setzt auf ein gesellschaftliches Bündnis für Modernisierung, ohne die Konflikte zwischen Profitorientierung und Gemeinwohl, zwischen Bereicherung Weniger und gerechter Verteilung des Reichtums, Klassenkonflikte mithin, anzugehen. Fortschritt ist aber nicht klassenneutral und auch deshalb wird diese neue Koalition, gerade weil sie anderes behauptet, die gesellschaftliche Spaltung befördern. Als LINKE müssen wir die lautstarke Stimme für diejenigen werden, die das Ende des Monatseinkommens genauso fürchten wie die Zerstörung des Planeten. Wir machen uns für konsequenten Klimaschutz und für soziale Garantien stark – für sichere Einkommen, sinnvolle Arbeitsplätze und das Recht auf Bildung und Weiterbildung.

An der Hoffnung auf ein ewig andauerndes Wirtschaftswachstum hängen die wirtschaftspolitischen Pläne der Ampel, eine Hoffnung, die mit der Endlichkeit von Ressourcen und globaler Klimagerechtigkeit nicht vereinbar ist. Ohne entschlossenere Verkehrswende und einen eingreifenden sozial-ökologischen Umbau vor allem der Industrie bis zum Jahre 2030, wird das 1,5 Grad Ziel verfehlt.

Als LINKE müssen wir uns fragen, warum unsere linken Konzepte für einen sozial-ökologischen Umbau noch zu wenige Menschen überzeugen. Es reicht nicht, programmatisch höhere Forderungen als die SPD aufzustellen oder klimapolitisch konsequenter zu sein als die Grünen. Es geht um ein erkennbares Profil in unserer Kommunikation und um Verankerung von Themen vor Ort. Es geht um Vertrauen in uns als gestaltende Partei, und es geht darum, dass wir auch ausstrahlen, nicht nur das Richtige zu sagen, sondern auch das Notwendige zu machen. Wir werden unsere Alternativen mit radikalem Realismus im Alltag konkreter und nachvollziehbar machen. Wir werden die soziale und klimagerechte Mobilitätswende zu einem Schwerpunkt unserer politischen Arbeit machen. Deutschland muss zum Bahnland werden. Mit einer zuverlässigen, komfortablen und bezahlbaren Bahn, die auch in ländlichen Regionen eine echte Alternative ist. Mit Initiativen für einen kostenlosen Nahverkehr, lebenswerte und klimaneutrale Kommunen und eine vernetzte Mobilität auf dem Land. Denn nur, wenn die Menschen tatsächlich eine Wahl haben, haben sie auch die Möglichkeit, ihren Individualverkehr neu zu planen. Für sinnvolle und gute Arbeit streiten wir weiter mit einem ein Klima-Job-Programm, das Lebensqualität durch eine starke Infrastruktur schafft. Wir bleiben dabei: Nur durch massive öffentliche Investitionen und einen sozial-ökologischen Transformationsfonds für die Industrie wird ein nachhaltiges und klimagerechtes Wirtschaften gelingen. Wir werden gemeinsam mit einer Arbeitsgruppe des Parteivorstandes daran arbeiten, programmatische Vorschläge für den sozial-ökologischen Umbau weiterzuentwickeln.

Der Koalitionsvertrag der Ampel zeigt, was an gesellschaftspolitischen Veränderungen für mehr Selbstbestimmung möglich ist, wenn die Union nicht mehr blockiert. Die rot-grün-gelbe Regierung vollzieht damit, was sich in großen Teilen der Gesellschaft bereits durchgesetzt hat - etwa im Familienrecht und bei der Einbürgerung, bei der Legalisierung von Cannabis oder mit der Herabsetzung des Wahlalters.

Fortsetzung auf S. 8

Fortsetzung von S. 7

Hier wird es eine massive Auseinandersetzung mit dem konservativen und autoritär-nationalistischen Lager geben. Als LINKE werden wir jeden gesellschaftlichen Fortschritt gegen alle reaktionären Rückschrittsphantasien verteidigen. Zusammen mit gesellschaftlichen Partner*innen werden wir uns dafür einsetzen, dass die Ampel ihre gesellschaftspolitischen Versprechen einhält und gleichzeitig ihre Begrenztheit aufzeigen. Denn die neu versprochene Freiheit findet bei SPD, Grünen und FDP schnell dort ihre Grenze, wo es um ihre materiellen Voraussetzungen geht. Freiheits- und Bürgerrechte brauchen ein gesellschaftliches Fundament. Uns geht es um Institutionen und eine soziale Infrastruktur, die allen ein Leben selbstbestimmt und gleich unter Verschiedenen ermöglicht. Antirassismus ist so essentiell für eine progressive Linke wie der Kampf für höhere Löhne und Renten, gegen prekäre Arbeit und für bezahlbare Mieten. Umfassende sexuelle und geschlechtliche Selbstbestimmung heißt, den Paragraf 218 abzuschaffen und für eine gute, bezahlbare Gesundheitsversorgung einzutreten.

Für uns ist DIE LINKE demokratische Anwältin der Grund- und Freiheitsrechte. Wir organisieren zivilgesellschaftlichen Einspruch, wo Geheimdienste noch mehr Zugriff bekommen sollen, wo Rassismus in den Sicherheitsbehörden unter den Teppich gekehrt wird oder die Ampel Abschiebungen durch eine »Rückführungsoffensive« beschleunigen will. Solidarität ist für uns unteilbar – und sie ist international. Sie gilt für die, die es in unser Land geschafft haben und sie gilt auch für jene, die weiter auf der Flucht um ihr Leben und ihre Zukunft fürchten. Auch deshalb stehen wir als Partei weiter ein für ein Bleiberecht von Geflüchteten und sichere Fluchtwege; wir wollen nicht die Abschottung der EU-Außengrenze stärken, sondern verlangen, dass das Asylrecht überall in Europa angewandt und garantiert wird. Die zivile Seenotrettung ist ein Gebot der Humanität wie die Willkommens-Kommunen ein Ausweis der Solidarität sind.

Die Rechte der Bürger*innen sind für uns von hohem Wert. Hier stehen wir besonders in Ostdeutschland in einer Verantwortung gegenüber einer Geschichte aus links begründeter Unfreiheit, staatlicher Willkür und autoritärem Obrigkeitsdenken. Dem demokratischen Aufbruch des Herbstes 1989 folgte in den ostdeutschen Ländern eine tiefgreifende Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, die heute als Beispiel dafür steht, wie man große Veränderungen gerade nicht gestalten darf: Biografien wurden entwertet, soziale Abstiegsängste entfacht, wertvolle Erfahrungen missachtet.

Nun steht nicht nur der Osten vor neuen gravierenden Veränderungen, sondern die ganze Republik. Dabei müssen wir von den ostdeutschen Erfahrungen lernen und eine demokratische Mitgestaltung der Menschen vor Ort ermöglichen. Schneller ökologischer Umbau braucht soziale Absicherung, selbstbestimmte Perspektiven für die Menschen und eine Infrastruktur, die die Teilhabe aller ermöglicht. Diese sozial-ökologische Transformation wollen wir auch im Osten und in allen von der herrschenden Politik »vergessenen« Region des Landes voranbringen.

DIE LINKE bleibt eine Partei, die für Frieden, Abrüstung und Diplomatie einsteht, für eine globale Entspannungspolitik. Bewaffnete Drohnen und neue Rüstungsprojekte, wie die Ampel es will, lehnen wir ab. Wir stehen als Vorsitzende für die unteilbaren sozialen, politischen und ökonomischen Menschrechte. Es gibt ein globales Recht auf soziale Gerechtigkeit, auf Bildung und Gesundheit. Zugleich verteidigen wir als demokratische Sozialist*innen das Recht auf Schutz vor staatlicher Verfolgung und auf demokratische Freiheiten – unabhängig, ob es um Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen, um unterdrückte Bürgerrechte in Ungarn oder Belarus, um die Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei oder Nicaragua, um völkerrechtswidrige Tötungen durch US-Drohnen, um Folter und staatliche Willkür in Saudi-Arabien oder Syrien, um demokratische Grundrechte in Russland oder Gewerkschaftsrechte in China handelt. Es gibt ein völkerrechtliches Verbot von Folter, Vertreibung und Verfolgung, es gibt einen unveräußerlichen Anspruch auf Freiheits- und Bürgerrechte. Für beides stehen wir ein.

Wer Sicherheit in einer multilateralen Weltordnung und globale Gerechtigkeit will, der muss sich für Abrüstung und Entspannungspolitik einsetzen. Eine gute Außenpolitik macht die Welt erst dann sicherer, wenn sie sie gerechter macht. Das Lieferkettengesetz muss umfassend und lückenlos sein, damit nicht weiter im globalen Süden geblutet wird, damit wir konsumieren können. Klimagerechtigkeit basiert nicht nur auf dem Ausstieg aus dem fossilen Kapitalismus, sondern wird ohne Ernährungssouveränität im globalen Süden, ohne eine nachhaltige Agrarwende und den Schutz der Biodiversität nicht möglich sein. Globale Gesundheitsgerechtigkeit verlangt jetzt eine Freigabe aller Impfstoffpatente zur Covid-19-Bekämpfung.

Was zu tun ist

Es stehen in den kommenden Jahren wichtige Wahlen auf Landesebene, in Kommunen und in Europa an. Bei diesen Abstimmungen geht es um mehr als nur Prozente. Es geht um Gestaltungsräume, linke Alternativen, Selbstverwaltung vor Ort und die internationale Dimension unserer Politik. Als Parteivorsitzende wollen wir die Voraussetzungen schaffen, damit DIE LINKE wieder bei Wahlen in die Erfolgsspur kommt. Erneuerung braucht Entschlossenheit und einen langen Atem, sie braucht aber auch beharrliche Genauigkeit, Freude zum Risiko und Mut zur Entscheidung.

Wir werden bereits jetzt in die Vorbereitung der Europawahl 2024 und der Bundestagswahl 2025 einsteigen. Gute linke Wahlergebnisse basieren auf gesellschaftlicher Präsenz und Glaubwürdigkeit, auf der Fähigkeit, in sozialen Kämpfen um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen einen spürbaren Unterschied zu machen. Wir können wieder erfolgreich sein, wenn wir radikal und realistisch um konkrete Veränderungen kämpfen. Ob als Opposition im Bundestag, in Landesregierungen und in den Kommunen. Wir wollen zukünftig unsere Kommunal-, Landes- und Bundespolitik besser verzahnen. Wir werden noch stärker den Dialog mit sozialen Initiativen und Bewegungen suchen, um den gesellschaftlichen Druck auf die Ampel für die notwendige soziale und klimagerechte Transformation zu machen.

Einen Schwerpunkt sehen wir in der kommenden Zeit im Parteiaufbau, in der Mitgliedergewinnung sowie der Verbesserung der Kampagnenfähigkeit und politischen Kommunikation. Bringen wir es auf den Punkt: Unsere Partei muss schneller, einladender und klarer kommunizieren – das betrifft die sozialen Medien, das betrifft unsere Begriffe und unsere Symbolik, das betrifft das Profil der Partei und unsere Sprache. Unsere Programme und Ideen müssen nicht nur Köpfe erreichen, sondern auch Herz und Bauch der Menschen.

Wir schlagen vor, in der Partei und ihren Gremien, mit den Mitgliedern und Inter-

essierten sowie auf Kreisvorsitzenden-Ratschlägen, folgende Vorschläge zu diskutieren:

1. Kräfte bündeln.
Die zentralen Ziele der LINKEN müssen bei den Menschen ankommen, und wir müssen es schaffen, Hoffnung zu wecken. Dafür müssen wir bundesweit, in den Landesverbänden und vor Ort Arbeitsschwerpunkte bilden, die natürlich an die lokalen Begebenheiten angepasst werden. Wir schlagen dafür vor:
- *Gesundheit vor Profit.* Krankenhäuser in öffentlicher Hand und gute Pflege gehören zu einem sozialen Fundament unserer Gesellschaft. Wir wollen die Pflegekampagne weiterentwickeln. Angesichts der Pandemie-Folgen sind wir weiter und auf neue Weise gefordert, Druck für ein Ende des Pflegenotstands, für eine sichere Gesundheitsversorgung und bessere Arbeitsbedingungen aufzubauen. Wie, das wollen wir in einem bundesweiten Kampagnenrat gemeinsam entwickeln. Wir wollen die Vernetzung und Organisierung von Gesundheitsarbeiter*innen in der LINKEN stärker unterstützen und ihre Kämpfe besser mit unserer Kommunalpolitik verknüpfen.
- *Bezahlbare Miete statt Rendite.* Wohnen ist eine soziale Frage, und der Mietenwahnsinn ist eine kalte Enteignung der Mieter*innen. Die Ampel setzt auf »Bauen, bauen, bauen« – aber die meisten Wohnungen werden zu kaum bezahlbaren Marktpreisen entstehen. Unsere Alternative: Genossenschaften fördern, Mieten bundesweit deckeln. Wir unterstützen die Bewegung für eine Vergesellschaftung der großen Immobilienkonzerne in Berlin und hoffentlich bald an vielen Orten.
- *Klimaneutrale und funktionierende Mobilität.* Mit der FDP im Finanz- und Verkehrsministerium wird die dringend notwendige Mobilitätswende von der Ampel blockiert. Wir machen Druck, bundesweit und vor Ort: für eine zuverlässige Bürger*innenbahn statt Zerschlagung der Bahn, für bezahlbare Mobilitätsalternativen, auch im ländlichen Raum. Kommunale und landespolitische Initiativen für 365-Euro-Tikets könnten die Mobilitätswende »von unten« anschieben und breite gesellschaftliche Bündnisse ermöglichen.
- *Gewerkschaftliche Verankerung und gute Arbeit in der Transformation.* Wir wollen verstärkt Beschäftigte in sozialen Berufen (von der Kita, über Schulen und Weiterbildung, die Sozialarbeit, Assistenz), im Handel und prekären Bereichen der Arbeitswelt, aber auch Industriebeschäftigte gerade in neuen Sektoren für DIE LINKE gewinnen und ihnen selbst Wirkungs- und politische Organisationskraft geben.

2. Mitgliederoffensive und Stärkung der Kreisverbände.
Wir wollen in einem Dreiklang aus aktiver Parteiarbeit vor Ort, Kommunalpolitik und Arbeit in gesellschaftlichen Bündnissen, Menschen in und jenseits der Metropolen für DIE LINKE gewinnen und verallgemeinerbare Praxen entwickeln, um gemeinsam mit ihnen ihre Interessen durchzusetzen. Die Parteiarbeit soll damit verbunden digitaler werden. Eine Investition in die Zukunft. Neue Beteiligungsmöglichkeiten für Menschen, denen der Alltag wenig Zeit lässt, und verstärkte Mitbestimmung der Basis. Die politische Bildung wird auf Lernprozesse für den Parteiaufbau und die Einbeziehung neuer Mitglieder fokussiert.

3. Verankerung in gesellschaftlichen Bündnissen und Initiativen.
Viele Menschen sind auf der Suche, auch in ihrer politischen Orientierung. Die neue Sortierung im Parteiensystem, mit SPD und Grünen in der Regierung, wird auch die Landschaft sozialer Bewegungen verändern. Wir wollen unsere aktiven Mitglieder in ihrer Arbeit in Bewegungen und Bündnissen stärken. Gerade die Möglichkeit der LINKEN, eine echte Doppelfunktion im Parlament und in zivilgesellschaftlichen Initiativen und Bündnissen einzunehmen, ist ein wirklicher Mehrwert, den keine andere Partei bietet.

Eine moderne sozialistische Partei
Wir als Parteivorsitzende wollen DIE LINKE gemeinsam mit unseren Mitgliedern in eine neue Zeit führen. Das ist unser Anspruch – daran messen wir uns selbst und wollen daran gemessen werden. Wenn sich die Welt um uns herum verändert, müssen auch wir uns verändern, um linke Antworten auf die drängenden Fragen dieser Zeit zu entwickeln. Wir müssen uns deshalb immer wieder und gemeinsam grundlegende Fragen stellen: Fragen nach der gesellschaftlichen Entwicklung hierzulande und global, nach unserer gesellschaftlichen Funktion und nach der linken Idee einer freien, demokratischen, sozialistischen Gesellschaft. Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit als Parteivorsitzende wird es sein, den Prozess der inhaltlichen Profilschärfung und strategischen Erneuerung zu ermöglichen.
Wir gehen jetzt in eine gründliche Analyse des Wahlergebnisses. Aber wir werden uns dafür nicht zurückziehen. Im Gegenteil. Wir werden alle in der LINKEN und unsere gesellschaftlichen Bündnispartner*innen einladen: über Mitgliederzooms, einen Gewerkschaftsrat und Bewegungs-Ratschläge, über die Bundesarbeitsgemeinschaften und Arbeitsgruppen des Parteivorstandes. Gemeinsam wollen wir unsere politischen Antworten weiterentwickeln – ob bei der sozial-ökologischen Transformation, bei der Digitalisierung, in der Wirtschaftspolitik, oder auf den Feldern der Außenpolitik und Europa, Friedens- und Menschenrechtspolitik. Wie will DIE LINKE heute sein und wie sieht die LINKE 2025 aus? Welche Antworten geben wir für die kommende Zeit? Wir wollen die ersten Ergebnisse dieser Selbstverständigung auf dem Bundesparteitag 2022 zur Debatte stellen – und dem Bundesparteitag selbst eine neue Form geben.
Wir wollen eine produktive Geschlossenheit. Eine plurale Linke ist ein unverzichtbarer Wert: sich ergänzen, statt zu einer Vieldeutigkeit zu werden. Alle sollten aus ihren unterschiedlichen Lebensrealitäten heraus bei uns ihren ganz eigenen Anknüpfungspunkt finden können. Aber eine linke Partei sollte in den zentralen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen mit einer Stimme sprechen. Statt praktizierter Uneindeutigkeit braucht DIE LINKE mehr gemeinsamen politischen Willen. Sie benötigt auch mehr Mut, politische Fragen zu klären und neue Kompromisse für eine zukünftige Zeit zu finden.
Als Vorsitzende in einer Doppelspitze, die unterschiedliche Traditionen und Herkünfte der LINKEN widerspiegelt, wissen wir um die produktive Kraft von Vielfalt und Differenz. Wir ringen miteinander um den besseren Weg und wir wissen, dass wir uns ergänzen und gemeinsam etwas Stärkeres herausbilden können. Ost und West, Bewegung und Parlament, Opposition und Regierung – das sind für uns keine Gegensätze, sondern zusammengehörende Facetten einer lebendigen linken Partei. Zusammen nehmen wir die Herausforderung an, gemeinsam mit euch allen wollen wir den Weg gehen. Es ist Zeit für eine erneuerte sozialistische Partei. Nur wenn wir uns verändern, können wir wieder Vertrauen gewinnen.

Liebe Genossen in der Redaktion,
der Bericht von Carsten über den Landesparteitag am 13.11.21 in Güstrow bedarf einer Richtigstellung und einigen Ergänzungen hinsichtlich seines vorletzten Abschnittes:
1. Es handelt sich nicht um irgendeinen Genossen, dem mit der Bezeichnung „Nicht-Delegierter“ auch nur ein Minderstatus eingeräumt wird, sondern um das langjährige und von vielen Genossinnen und Genossen hochgeachtete Mitglied unserer Partei Wilfried Schubert. Wilfried hat sich u.a. in achtenswerter Weise dagegen gewandt, dass die Stadt Güstrow verdienten Antifaschisten die Ehrenbürgerschaft aberkennt.
2. Es ist unzutreffend, dass sein Redebeitrag keinen Bezug zu dem Koalitionsvertrag aufwies. Gen. Schubert hat sich klar und deutlich auf die Seite 51, RN 344 des Entwurfes, der zur Abstimmung stand, bezogen. Seine Rededisposition, aus der dieser Bezug hervorgeht, liegt vor und kann bei Interesse eingesehen werden.
3. Der Äußerung seiner Meinung auf einem Parteitag das Prädikat „Missbrauch“ zuzuerkennen, zeugt zumindest von demokratischen Defiziten. Ist es nicht das Recht eines Genossen, auf einem Parteitag das Wort zu ergreifen?
Viele Erscheinungen in der DDR waren kritikwürdig und wir sollten nicht aufhören, sie zu kritisieren - auch und vor allem um Fehler bei der Schaffung einer künftigen sozialistischen Gesellschaft zu vermeiden. Aber die Weise, wie in dem entsprechenden Passus argumentiert wird, ist die unserer politischen Gegner, die verhindern wollen, dass die Menschen nur einen Gedanken auf die Überwindung des gegenwärtigen Systems richten.
Es ist übrigens bezeichnend, dass offensichtlich keine der vertragsschließenden Seiten daran gedacht hat, einen Gedanken an den 9. November 1918 zu verschwenden. Ein Tag, der einen Schnittpunkt in den Traditionslinien beider Parteien darstellt und in seiner politischen Bedeutung bestimmt über dem 9.11.89, der zudem im Vertrag völlig fehlinterpretiert wird, steht.

Mit sozialistischen Grüßen
Gerdt Puchta

***

Liebe Genossinnen und Genossen,
Ausgabe 11/21 von KLARTEXT, Seite 3, enthält einen Bericht von Genossen Carsten Penzlin, der sich auf meine Wortmeldung auf dem Parteitag bezieht. Er schreibt: „Mit dem Koalitionsvertrag hatte der Redebeitrag jedenfalls nichts zu tun“. Das ist falsch! Offensichtlich hatte Genosse Penzlin den Entwurf des Vertrages nicht gelesen oder nicht zugehört. Mein Beitrag bezog sich u.a. auf die Seite 51, Zeile 344 „Erinnerungskultur“. „Die Koalitionspartner erinnern an das in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR geschehene Unrecht. ... starben Menschen beim Versuch die Grenze zu überwinden, wurden Menschen aus politischen Gründen verhaftet und drangsaliert“. Dazu sagte ich, das ist eine einseitige Betrachtungsweise. Das vereinte Deutschland ist aus der BRD und DDR hervorgegangen.
Beide Staaten haben ihre Geschichte. Es ist tragisch, dass an deutschen Grenzen Menschen umkamen. Darunter 25 ermordete DDR Grenzsoldaten. Nicht nur an der Innerdeutschen Grenze, auch an der Westgrenze der BRD kamen Menschen um. Zwischen 1993 und 2003 starben an der Ostgrenze des vereinten Deutschland 145 Menschen. Weiter führte ich den Radikalenerlass der BRD von 1972 an. Bis 1985 wurden 3,5 Millionen BRD Bürger überprüft, 1.250 nicht eingestellt und 260 entlassen. In Bayern wurde der Erlass erst 1991 aufgehoben. Angebracht ist eine ehrliche Geschichtsaufarbeitung der DDR und der BRD. Wenn Genosse Penzlin meint, dass der „Nicht-Delegierte“ eine solche Veranstaltung als Bühne für sich missbrauchte“, das die Erinnerung an die Opfer bundesdeutscher Willkür und an den Blutzoll, den Angehörige der Grenztruppen der DDR erbrachten, ein „Missbrauch“ sei, so betrachte ich dies als Verhöhnung.
Zum Klimaschutz, Seite 31, Zeile 176, sagte ich, wirksamer Klimaschutz ist die Verhinderung jedweder Kriege, die Einstellung der Rüstungsindustrie und aller Rüstungsexporte.

Wilfried Schubert

***

Was tun wir uns da selbst nur an?!
Im jüngsten „Klartext“ (Nr. 270 - 29. Jahrgang; NOVEMBER 2021) lese ich mit großem Befremden folgende Sätze:
„Auf dem Parteitag gab es den Auftritt eines Güstrower Genossen, der lieber über die Untaten in der alten BRD sprechen wollte... Betretenes Schweigen im Saal, aber auch Wut darüber, dass der Nicht-Delegierte eine solche Veranstaltung als Bühne für sich missbrauchte. Mit dem Koalitionsvertrag hatte hatte der Redebeitrag jedenfalls nichts zu tun.“
Solch ein Text muss uns nachdenklich stimmen, insbesondere dann, wenn er vom Kovorsitzenden der Kreisorganisation Rostock-Stadt stammt. Folgende Fragen stellen sich mir:
- Wenn Gäste („Nicht-Delegierte“) stören, warum lasst Ihr sie dann zu?
- Wenn ein Redebeitrag eines Gastes stören kann, warum gebt Ihr dann Gästen Rederecht?
- Wie kann man eine erlaubte Meinungsäußerung (erteiltes Rederecht) als „Missbrauch“ klassifizieren?
- Warum konnte Genosse Dr. Penzlin den Bezug zum Koalitionsvertrag nicht erkennen? Hat er wegen seiner „Wut“ nicht richtig zugehört oder gar den K-Vertrag nicht gründlich genug gelesen?
- Warum steht er nicht mehr zu seinem eigenen Statement: „ich möchte in einer Gesellschaft leben, in der niemand zurückgelassen wird. Jeder Mensch muss die Möglichkeit haben, in Würde zu leben“? Ausgerechnet einen so lebenslang aufrechten, engagierten Genossen wie den Wilfried Schubert ohne erkennbaren Grund derart zu diskreditieren, ist für mich nicht tolerierbar.
- Wie wäre es mit der Anerkennung folgender Sätze in der Präambel unserer aktuellen Bundessatzung? „DIE LINKE strebt die Entwicklung einer solidarischen Gesellschaft an, in der die Freiheit eines jeden Bedingung für die Freiheit aller ist. Die neue LINKE ist plural und offen für jede und jeden, die oder der gleiche Ziele mit demokratischen Mitteln erreichen will.“
„HERZ STATT ELLENBOGEN“ https://carstenpenzlin.gerechtes-mv.de/
Wenn es doch nur stimmen würde!

Günter Hering

***

Liebe Genossinnen und Genossen der Redaktion des KLARTEXT!

Zu einigen Formulierungen im Koalitionsvertrag kann ich zum Punkt Erinnerungskultur auf den Seiten 51/52 nur mein Unverständnis ausdrücken.
So ist u.a. formuliert, dass am 9. November 1989 die „innerdeutsche Grenze“ geöffnet wurde. Sachlich richtig ist aber, dass es sich bei der Grenze zwischen der DDR und der BRD um eine Grenze zwischen zwei souveränen Staaten also um eine Staatsgrenze handelte.
So nahmen sowohl die DDR als auch die BRD am 03.07.1973 in Helsinki als gleichberechtigte Staaten an der Eröffnung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa teil.
Nach zweijährigen Verhandlungen vom 18.09.1973 bis zum 21.07.1975 mit mehreren Verhandlungsrunden in verschiedenen Ländern, wurde am 01.08.1975 in Helsinki die Schlussakte sowohl von der DDR als auch von der BRD unterschrieben. Die unterzeichnenden Staaten verpflichteten sich in dieser Absichtserklärung u.a. zur Unverletzlichkeit der Grenzen, zur friedlichen Regelung von Streitfällen,

zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten sowie zur Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Quelle: Wikipedia und eigenes Erleben als Zeitzeuge).
Und ein völkerrechtlich ganz wichtiges Datum scheint sowohl den Autoren als auch den Unterzeichnern des Koalitionsvertrages nicht gegenwärtig gewesen zu sein. Am 18.09.1973 wurden die DDR und die BRD jeweils als Mitgliedsstaaten in die Vereinten Nationen aufgenommen.
Bis 1989 war die DDR von mehr als 100 anderen Staaten diplomatisch anerkannt und beide deutsche Staaten hatten im anderen deutschen Staat jeweils eine Ständige Vertretung. Die DDR trat am 03.10.1990 nach Art. 23 des Grundgesetzes der BRD, diesem Staat bei.
Wenn also solche sachlich falschen Formulierungen wie die „innerdeutsche Grenze“ im Koalitionsvertrag stehen, frage ich mich, wie Schulkindern ein realistisches Geschichtsbild vermittelt werden soll, zumal die Bildungsministerin der Partei DIE LINKE angehört?
Weiterhin frage ich mich angesichts der Formulierungen, dass die Koalitionspartner an das in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR geschehene Unrecht erinnern und die Aufarbeitung der DDR-Geschichte und Friedlichen Revolution weiterhin einen zentralen Stellenwert in der politischen Bildung haben, ob es nicht ebenso wichtig und notwendig ist, die Geschichte der BRD mit ihren Demokratiedefiziten aufzuarbeiten?
Um nur ein Beispiel zu nennen, erging im Februar 1972 unter der vom Sozialdemokraten Willy Brandt als Kanzler, geführten Bundesregierung der Radikalenerlass, in dessen Folge es zu zahlreichen Entlassungen und Berufsverboten in der BRD kam.
Ich denke, wenn wir uns im Sprachgebrauch immer mehr unseren politischen Konkurrenten und Gegnern anpassen, werden wir als Linke immer weniger von diesen unterscheidbar. Warum sollte man dann unserer Partei vertrauen und sie wählen, wenn kein klarer Klassenstandpunkt und kein klares Ziel mehr, die bestehende kapitalistische Gesellschaft zu überwinden, zu erkennen ist?

Holger Möller, Stadtteilverband Rostock Nordost

IMPRESSUM

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Kröpeliner Straße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin
Layout: Carsten Penzlin
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Spendenkonten der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300
Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS
OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

HALBIERTER FORTSCHRITT

Der Koalitionsvertrag im Bund bringt eine nachholende Modernisierung des Landes. Aber an entscheidenden Punkten versagt die Ampel: Fortschritt gibt es vor allem solange er wenig kostet – und Konzernen und Reichen nicht weh tut. Der nötige Politikwechsel ist so nicht zu schaffen.
Die neue Koalition geizt nicht mit großen Worten: »Mehr Fortschritt wagen« ist die Überschrift des Koalitionsvertrages von SPD, Grünen und FDP. Ganz unbescheiden stellt sich Kanzlerkandidat Olaf Scholz damit in die Tradition von Willy Brandt. Im Vergleich zu 16 Jahren CDU-geführter Regierung gibt es tatsächlich einige Fortschritte. Sie finden sich vor allem auf gesellschaftspolitischer Ebene – und wurden von der Zivilgesellschaft (und auch der LINKEN) seit Jahren eingefordert: Eine Mehrfachstaatsangehörigkeit wird ermöglicht; Einbürgerung soll es schon nach 5 Jahren (bzw. bei »besonders guter Integration« nach 3 Jahren) geben, ein Partizipationsgesetz soll kommen, das Wahlalter wird auf 16 Jahre abgesenkt, Cannabis-Konsum soll legalisiert werden. Der Paragraph 219a (Einschränkung der Information über Schwangerschaftsabbrüche) wird ebenso abgeschafft wie das Transsexuellengesetz, das Familien- und Abstammungsrecht wird reformiert. Auch auf bürgerrechtlicher Ebene gibt es Verbesserungen: Es soll ein Demokratiefördergesetz für die engagierte Zivilgesellschaft und eine Kennzeichnungspflicht bei der Bundespolizei geben. Nicht zuletzt werden große Ziele hinsichtlich des Klimaschutzes formuliert: Der Kohleausstieg soll »idealerweise« bis 2030 erreicht, der Ökostromausbau beschleunigt, ein Qualifizierungsgeld für den Strukturwandel eingeführt und die E-Mobilität gefördert werden. Hier zeigt sich aber schon das zentrale Problem der Ampel – mit Reichen und Konzernen will sie sich nicht anlegen. Fast überall, wo es darauf ankäme endlich den Markt zu regeln, hat sich die marktradikale FDP durchgesetzt.
Die Liste gebrochener Versprechen ist lang. Verkehrswende? Faktisch abgesagt, es gibt keinen Ausstieg aus dem Verbrennermotor bis 2030, kein Ende klimaschädlicher Milliarden-Subventionen (Dienstwagenprivileg) und kein Tempolimit. Dafür übernimmt die FDP das Verkehrsministerium. Fahrpreise bei der Bahn sollen nur gesenkt werden, wenn im Haushalt Mittel gefunden werden. Alle öffentlichen Investitionen stehen unter Vorbehalt der Schuldenbzw. Investitionsbremse und eines FDP-Finanzministers. Höhere Steuern auf Vermögen sind zugleich ausgeschlossen.
Sozialpolitisch hat die SPD zwar eine Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro durchgesetzt, aber der ist zu gering um vor Altersarmut zu schützen. Das Rentenniveau wird stabilisiert, aber das ist längst zu niedrig. Zudem soll mit der Rente jetzt an der Börse spekuliert werden. Hartz IV wird durch größere Schonvermögen und längere Fristen abgemildert, es gibt Geld für Weiterbildung und die Sanktionen werden entschärft. Aber von einer Erhöhung der viel zu niedrigen Regelsätze ist keine Rede mehr. Die Höhe der Kindergrundsicherung ist ebenfalls unklar. Die Erfolge bei der Pflege (Personalbemessung, Gehaltslücke zwischen Altenpflege und Krankenpflege schließen) sind vor allem Ergebnis von Streiks und Druck, auch von der LINKEN. Jenseits dieser »Leuchtturmprojekte« wird es richtig düster. Obwohl SPD und Grüne bezahlbares Wohnen zu »der sozialen Frage« erklärt haben, gibt es keinen Mietenstopp. Die Senkung der Kappungsgrenze, der Bau von Sozialwohnungen und die Einführung einer Wohngemeinützigkeit wird die Mietenexplosion nicht stoppen. Die Profitorientierung der Krankenhäuser bleibt und eine Bürgerversicherung kommt immer noch nicht. Dafür gibt es höhere Beiträge für die Pflegeversicherung, die vom Lohn abgehen. Für die Pflegekräfte gibt es nur eine Bonuszahlung statt endlich mehr Grundgehalt.
Das zeigt: In den entscheidenden Konflikten hat sich die FDP gegen die Wahlversprechen von SPD und Grünen durchgesetzt. Der Fortschritt der Ampel ist halbiert und lässt die Menschen außen vor, die weniger Geld und keine starke Lobby haben.
Bundesgeschäftsstelle DIE LINKE

NEUJAHRSGRÜSSE

Fortsetzung von S. 1
Michael Noetzel hingegen, der im Wahlkreis Landkreis Rostock I direkt für unsere Partei antrat, ist Teil der neuen Linksfraktion im Landtag. Er ist über die Landesliste ins Schweriner Schloss eingezogen. Als Volljurist kümmert er sich um den Bereich der Innenpolitik und ist nun unter anderem Vorsitzender des Rechtsausschusses des Landtages. Als neuer Landtagsabgeordneter vertritt er auch unseren Landkreis.
Peter Georgi ist unter anderem stellvertretender Bürgermeister in seiner Wahlheimat Roggentin. Wie bereits vor fünf Jahren trat er für uns im Wahlkreis Landkreis Rostock II an und erreichte mit über 11% der Erststimmen ein beachtliches Ergebnis, musste aber im Vergleich zu den Wahlen 2016 gut 5% an Erststimmen einbüßen.

„In jeder Niederlage steckt die Möglichkeit des Aufbruchs“

Die Ergebnisse der Wahlen im Land dürfen uns nicht zufriedenstellen. Noch nie haben uns so wenige Menschen ihr Vertrauen geschenkt, darüber kann auch der Eintritt in eine rot-rote Landesregierung nicht hinwegtäuschen. Auf Bundesebene sieht die Situation sogar noch katastrophaler aus: nur dank drei gewonnener Direktmandate sind wir überhaupt mit einer Linksfraktion in den Bundestag eingezogen. Nicht zuletzt öffentlich geführte Dispute um Sahra Wagenknecht, aber auch uneindeutige Positionierungen, wie die Enthaltung beim sogenannten Rettungseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan werden dazu ihren Teil beigetragen haben.
Durch die geschrumpfte Zahl an Abgeordneten stehen uns auch weniger hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die politische Arbeit zu Verfügung. Als Wahlkreismitarbeiter stehen uns vor allem der Gen. Nico Burmeister (Mitarbeiter im Hause MdL Michael Noetzel) und stundenweise Felix Baumert (Wahlkreismitarbeiter im Hause MdB Latendorf) sowie unser Regionalmitarbeiter Andreas Reinke zur Seite. Ein kleines Team, das aber motiviert und entschlossen ist.
Der Kreisverband bezieht eine neue Geschäftsstelle, die barrierearm ist. In dieser Bürogemeinschaft sind sowohl der Kreisverband, als auch die für unseren Kreis zuständigen Abgeordneten MdB Ina Latendorf und MdL Michael Noetzel gemeinsam mit dem Kommunalpolitischen Forum M-V untergebracht. Die neue Geschäftsstelle findet ihr in der Domstraße 5 in 18273 Güstrow.

„Die Zukunft gehört denen, die an die Wahrhaftigkeit ihrer Träume glauben.“

Wir haben als Partei die Chance, uns in den nächsten Jahren zu erneuern und wieder zu einer politischen Adresse für Menschen zu werden, die gemeinsam mit uns für eine sozial gerechtere Gesellschaft eintreten wollen. Mit einer neunköpfigen Landtagsfraktion und den beiden Bundestagsabgeordneten Ina Latendorf und Dr. Dietmar Bartsch müssen wir in den nächsten Jahren unser Profil schärfen. Die Übernahme von Regierungsverantwortung im Land kann uns dabei helfen, oder auch sehr schaden.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, im Namen des Kreisvorstandes möchte ich mich bei allen bedanken, die mit ihrem persönlichen Einsatz auf vielfältige Weise die Arbeit unseres Kreisverbandes und unserer Partei insgesamt unterstützen. Ich wünsche Euch und Euren Liebsten erholsame Feiertage und vor allem bestmögliche Gesundheit.

Nico Burmeister
Kreisvorsitzender DIE LINKE. Landkreis Rostock

Gewinner: Olaf Scholz, Bundeskanzler seit dem 8. Dezember.
Verlierer: Die Politikfelder **Außenpolitik, Agrarpolitik und Finanzpolitik.**
Die Ampelkoalitionäre haben versprochen: „Neue Politik und **neue Gesichter**.“ Die Auserwählten für o.g. Politikfelder sind bisher leider nicht dadurch aufgefallen, sich auf den jeweiligen Gebieten profiliert zu haben. Es bleibt also abzuwarten, wie erfolgreich **Christian Lindner**, **Annalena Baerbock** und **Cem Özdemir** den Rollenwechsel zu einer Leitungsfunktion in einer Behörde hinbekommen.

MONATSZAHL

Nur 21 % der Nicht-Akademikerkinder studieren, aber 74 % der von Akademikern.

MONATSZITAT

„In erster Linie ist das Bürgergeld ein neuer Name für Hartz IV.“ Institut der Deutschen Wirtschaft

LYRIK

Denken
(von Janina Niemann-Rich)

Wenn du wählst
hast Du Verantwortung
sie übernimmst
eine Bestimmung
es erkennst
lebst Du

Eva
(von Janina Niemann-Rich)

Ein Zauberwind
trägt durch Zeit und Raum
ein Traum
ein Glück
ein Leben

Kein zweites Crash-Weimar!
(von Jürgen Riedel)

Demokratie wurde damals
schrottreif gefahren
ein Grund:
zu viele Politiker von Pannenniveau
auch heutzutage
eine Unmenge Leerlauf-Politiker
coronawirre Zeit fordert:
Führerschein für Politiker!